



Freie und Hansestadt Hamburg

Bezirksamt Altona

Zentrale Beschaffungsstelle der Bezirksämter

Zwischen der
Freien und Hansestadt Hamburg,
diese vertreten durch das

Bezirksamt Altona
Fachamt Management des öffentlichen Raums, [REDACTED]
Jessenstraße 1 – 3, 22758 Hamburg

-als Auftraggeberin-

und
dan pearlman Erlebnisarchitektur
Kieffholzstraße 2, 12435 Berlin

-als Auftragnehmer/Auftragnehmerin-

wird in Bezug auf das Ausschreibungsverfahren [REDACTED]
folgender Vertrag geschlossen:

Erstellung eines Masterplanes für das Wildgehege Klövensteen mit integrierter Waldschule

§ 1 Vertragsgrundlagen

Dem Vertrag liegen die Vorschriften des BGB und soweit nichts Besonderes vereinbart ist, insbesondere die über den Werkvertrag (§§ 631 ff. BGB) geltenden Vorschriften und Rechtsgrundsätze, zu Grunde.

§ 2 Gegenstand des Vertrages

- (1) Der/die Auftragnehmer/Auftragnehmerin übernimmt die Erstellung eines Masterplanes wie in der Leistungsbeschreibung näher bezeichnet.
- (2) Weitere Einzelheiten zu dem Hintergrund und den Zielen des Auftrages ergeben sich aus den Ausschreibungsunterlagen, insbesondere aus der Aufgabenbeschreibung der Auftraggeberin vom 03.11.2016 (Anlage 1) und dem Angebot des/der Auftragnehmers/Auftragnehmerin vom 29.11.2016 (Anlage 2), welche(s) Bestandteil(e) dieses Vertrages ist/sind.
- (3) Der/die Auftragnehmer/Auftragnehmerin ist bei seiner/ihrer Tätigkeit inhaltlich an die von der Auftraggeberin formulierten Ziele und Themen in der Aufgabenbeschreibung gebunden. Im Übrigen kann er/sie seine/ihre Tätigkeit frei gestalten. Er/sie ist im Rahmen seiner/ihrer Tätigkeit verantwortlich für die sachgerechte Vorgehensweise und die Auswahl der Methoden.
- (4) Die Tätigkeit wird freiberuflich ausgeübt; ein Arbeitsverhältnis wird nicht begründet.

§ 3 Termine/Leistungszeitraum

- (1) Für die in § 2 dieses Vertrages aufgeführten Leistungen ist folgender Leistungszeitraum vorgesehen:

Mit der Planung und Ausführung des Auftrags ist unmittelbar nach Zuschlagerteilung zu beginnen. Weitere Absprachen werden nach Zuschlagerteilung mit der Auftraggeberin vereinbart.

- (2) Ist die von dem/der Auftragnehmer/Auftragnehmerin zu erbringende Leistung nach dem vereinbarten Termin zur Erbringung der Leistung für die Auftraggeberin nicht mehr verwertbar, entfällt die Vergütung für die verspätet erbrachte Leistung. Sofern eine Verwertbarkeit vorliegt, findet eine Vergütung anteilig statt. Die Ermittlung der Höhe der Vergütung erfolgt dann durch die Auftraggeberin nach billigem Ermessen nach Maßgabe des Vertragsinhaltes.
- (3) Der/die Auftragnehmer/Auftragnehmerin beginnt mit dem Auftrag unverzüglich nach Unterzeichnung des Vertrages. Es wird von einem Ausführungszeitraum von 3 – 4 Monaten nach Auftragserteilung ausgegangen.
- (4) Kann der termingerechte Arbeitsablauf nicht eingehalten werden, hat der/die Auftragnehmer/Auftragnehmerin dies mit Nennung der Gründe der Auftraggeberin unverzüglich schriftlich mitzuteilen. Der Auftraggeber behält sich den Einsatz eines zusätzlichen Unternehmers vor, falls die Leistung nicht fristgerecht erbracht wird. Hat der/die Auftragnehmer/Auftragnehmerin die Verzögerung zu vertreten, ist er/sie zum Ersatz der der Auftraggeberin dadurch entstehenden Kosten verpflichtet.
- (5) Erst mit schriftlicher Bestätigung der Auftraggeberin an den/die Auftragnehmer/Auftragnehmerin, dass die vertraglich geschuldete Leistung von dem/der Auftragnehmer/Auftragnehmerin vertragsgerecht erbracht worden ist (Abnahme), kann die vereinbarte Vergütung nach § 4 des Vertrages wirksam gegenüber der Auftraggeberin unter Auslösung der Fälligkeit des Rechnungsbetrages gestellt werden.

§ 4 Vergütung

- (1) Der/die Auftragnehmer/Auftragnehmerin erhält für seine/ihre Leistungen ein Leistungsentgelt in Höhe von:

117.215,00 Euro inkl. Mehrwertsteuer.

(In Worten Einhundertzweizehntausendzweihundertfünfzehn Euro).

Dieser vorgenannte Betrag versteht sich als **Pauschalpreis/Festpreis** und beinhaltet eine Mehrwertsteuer, da der/die Auftragnehmer/Auftragnehmerin umsatzsteuerpflichtig ist.

- (2) Sämtliche dem/der Auftragnehmer/Auftragnehmerin entstehenden Auslagen und Nebenkosten, wie z.B. Versicherungsprämien, Fahrt- und Reisekosten, Bürokosten, Lichtpausen und Fotokopien, Post- und Fernspreckgebühren, Sachkosten sowie Verbrauchsmaterialien und Gerätekosten etc. sind in der Vergütung nach Absatz (1) enthalten.

- (3) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, nach Ablieferung der Leistung eine prüffähige Abschlussrechnung zu stellen.
- (4) Die Abschlagsrechnungen sind mit den Festpreisen inkl. der gesetzlichen Mehrwertsteuer aufzustellen. Die Mehrwertsteuer ist in den Rechnungen gesondert auszuweisen. Sie ist in Abschlagszahlungen mit dem zum Zeitpunkt des Entstehens der Steuer und in Teil- und Schlussrechnungen mit dem zum Zeitpunkt des Bewirkens der Leistung geltenden Steuersatz anzusetzen. Bei Überschreiten von Vertragsfristen, die der/die Auftragnehmer/Auftragnehmerin zu vertreten hat, gilt der bei Fristablauf maßgebende Steuersatz.
- (5) Die Abtretung einer Forderung des/der Auftragnehmers/Auftragnehmerin aus dem Vertrag ist nur mit Zustimmung der Finanzbehörde rechtswirksam. Der/die Auftragnehmer/Auftragnehmerin hat die Abtretungsanzeige der Auftraggeberin vorzulegen. Die Auftraggeberin teilt dem/der Auftragnehmer/Auftragnehmerin und dem neuen Gläubiger ihre Entscheidung.
- (6) Alle weiteren Ansprüche des/der Auftragnehmers/Auftragnehmerin gegenüber der Auftraggeberin sind mit der Vergütung aus Absatz (1) abgegolten.
- (7) Die Vergütung wird ohne Abzüge ausgezahlt. Dem/der Auftragnehmer/Auftragnehmerin obliegt die Beachtung steuer- und sozialversicherungsrechtlicher Verpflichtungen.
- (8) Die jeweiligen Rechnungen sind in zweifacher Ausfertigung an die folgende **Rechnungsanschrift** einzureichen:

Bezirksamt Altona

Fachamt Management des öffentlichen Raums, [REDACTED]
[REDACTED]

Die zweite Ausfertigung ist als „Zweitschrift“ kenntlich zu machen.

Die Mehrwertsteuer ist in den Rechnungen gesondert auszuweisen.

§ 5 Allgemeine Leistungspflichten des/der Auftragnehmers/Auftragnehmerin

- (1) Der/die Auftragnehmer/Auftragnehmerin hat den Auftrag nach den neuesten Erkenntnissen über Organisation, Wirtschaftlichkeit und Technik durchzuführen. Er/sie ist verantwortlich für die sachgerechte Vorgehensweise einschließlich der Auswahl von Methoden und Techniken sowie der Einhaltung aller datenschutzrechtlichen Anforderungen.
- (2) Der/die Auftragnehmer/Auftragnehmerin ist verpflichtet, seine/ihre Arbeit mit der Auftraggeberin fachlich und inhaltlich abzustimmen. Der/die Auftragnehmer/Auftragnehmerin ist verpflichtet, den Auftrag in ständigem Kontakt und in enger Zusammenarbeit mit der Auftraggeberin durchzuführen und diese laufend über den Fortschritt der Arbeiten und die Ergebnisse der einzelnen Arbeitsphasen in angemessener Weise zu informieren. Unbeschadet der Verpflichtung zur engen Zusammenarbeit mit der Auftraggeberin ist der/die Auftragnehmer/Auftragnehmerin im Übrigen bei der Gestaltung seiner/ihrer Tätigkeit frei.
- (3) Für die Durchführung des Auftrages stellt der/die Auftragnehmer/Auftragnehmerin zu Beginn einen Arbeits- und Terminplan auf und stimmt diesen mit der Auftraggeberin ab. Insoweit sind Auftragnehmer/Auftragnehmer und Auftraggeberin an den Arbeits- und Terminplan gebunden. Der/die Auftragnehmer/Auftragnehmerin ist

aber verpflichtet, den Arbeits- und Terminplan dem tatsächlichen Fortschritt des Auftrages anzupassen und ggf. zu detaillieren. Änderungen im Arbeits- und Terminplan bedürfen der Zustimmung der Auftraggeberin. Über Besprechungstermine werden zwischen der Auftraggeberin und dem/der Auftragnehmer/Auftragnehmerin im Laufe des Auftrages entsprechende Vereinbarungen getroffen.

- (4) Die Übertragung von Leistungen aus diesem Vertrag auf Dritte bedarf der vorherigen Zustimmung der Auftraggeberin. Eine Zustimmung der Auftraggeberin entbindet den/die Auftragnehmer/Auftragnehmerin nicht von der Verantwortung für die vertragsgerechte Erfüllung der Gesamtleistung. Eine erteilte Zustimmung kann jederzeit widerrufen werden. Die Heranziehung Dritter lässt die Haftung des/der Auftragnehmers/Auftragnehmerin unberührt, sie ist insbesondere nicht auf ein Verschulden bei der Auswahl des Dritten beschränkt.

§ 6 Wahrnehmung der Rechte und Pflichten aus dem Vertrag

- (1) Die Rechte und Pflichten der Auftraggeberin nimmt gegenüber dem/der Auftragnehmer/Auftragnehmerin das Bezirksamt Altona , Fachamt Management des öffentlichen Raums, wahr.
- (2) Als zentralen Ansprechpartner im Bezirksamt Altona benennt die Auftraggeberin
[REDACTED]
[REDACTED]

§ 7 Herausgabeanspruch und vertrauliche Behandlung/Datenschutz

- (1) Die von dem/der Auftragnehmer/Auftragnehmerin zur Erfüllung dieses Vertrages angefertigten, beschaffte und die ihm/ihr überlassenen Unterlagen sind der Auftraggeberin spätestens bei Beendigung des Auftrages auszuhändigen. Bei Kündigung dieses Vertrages hat der/die Auftragnehmer/Auftragnehmerin diese Unterlagen auf erstes Anfordern der Auftraggeberin unverzüglich herauszugeben.
- (2) Die von dem/der Auftragnehmer/Auftragnehmerin angefertigten und beschafften Unterlagen werden Eigentum der Auftraggeberin. Zurückbehaltungsrechte des/der Auftragnehmers/Auftragnehmerin, die nicht auf diesem Vertragsverhältnis beruhen, sind ausgeschlossen.
- (3) Der/die Auftragnehmer/Auftragnehmerin ist verpflichtet, im Rahmen seiner/ihrer Tätigkeit Verschwiegenheit zu bewahren. Die Verpflichtung besteht auch nach Beendigung dieses Vertragsverhältnisses. Er/sie ist insofern verpflichtet, alle ihm/ihr im Zusammenhang mit dem Auftrag bekannt werdenden Vorgängen - auch nach dessen Abschluss - geheim zu halten und nicht an Dritte weiterzugeben. Der/die Auftragnehmer/Auftragnehmerin hat insbesondere sicherzustellen, dass Unbefugte keinen Zugriff auf die den Auftrag betreffenden Unterlagen erhalten. Die Verpflichtung gilt ggf. auch für andere Firmen und Personen, die von dem/der Auftragnehmer - nach Zustimmung der Auftraggeberin - herangezogen werden.

§ 8 Haftung und Gewährleistung

- (1) Der/die Auftragnehmer/Auftragnehmerin übernimmt der Auftraggeberin gegenüber die Haftung und Gewähr für eine ordnungsgemäße Ausführung seiner/ihrer Leistungen nach den neuesten Erkenntnissen über Organisation, Wirtschaftlichkeit und

Technik. Die Untersuchungsergebnisse, Beurteilungen und fachlichen Empfehlungen müssen für den vorgesehenen Zweck brauchbar und vollständig sein.

- (2) Der/die Auftragnehmer/Auftragnehmerin hält die Auftraggeberin auch von allen Ansprüchen frei, die ein Dritter aus Nichtbeachtung von Absatz 1 stellen kann.
- (3) Die Haftungs- und Gewährleistungsansprüche der Auftraggeberin gegen den/die Auftragnehmer/Auftragnehmerin aus diesem Vertrag verjähren in zwei Jahren. Die Verjährung beginnt mit dem Ablauf des Jahres, in dem die letzten vertraglich vereinbarten Leistungen erbracht worden sind. Für Schadensersatzansprüche aus positiver Vertragsverletzung gelten die gesetzlichen Vorschriften über die Verjährung.
- (4) Die Ansprüche des/der Auftragnehmers/Auftragnehmerin gegen die Auftraggeberin verjähren in zwei Jahren nach Ablauf des Jahres, in welchem die Leistungen des/der Auftragnehmers/Auftragnehmerin abgeschlossen worden sind.

§ 9 Urheberrecht

- (1) Die Auftraggeberin darf die Leistungen des/der Auftragnehmers/Auftragnehmerin auch vor ihrer Veröffentlichung ohne deren Mitwirkung und ohne zusätzliche Kosten ausschließlich nutzen, nutzen lassen und ändern.
- (2) Die Auftraggeberin hat das Recht zur vollständigen oder auszugsweisen Erstveröffentlichung unter Hinweis auf den/die Auftragnehmer/Auftragnehmerin. Der/die Auftragnehmer/Auftragnehmerin bedarf bei Veröffentlichung der vorherigen schriftlichen Zustimmung der Auftraggeberin, die diese nur versagen wird, wenn öffentliche Interessen entgegenstehen.
- (3) Soweit der/die Auftragnehmer/Auftragnehmerin Dritte zur Erfüllung seiner/ihrer vertraglichen Pflichten hinzuzieht, verpflichtet er/sie sich, dafür Sorge zu tragen, dass der Auftraggeberin auch insoweit die in den Absätzen 1 und 2 genannten Rechte eingeräumt werden. Der/die Auftragnehmer/Auftragnehmerin stellt die Auftraggeberin von allen urheberrechtlichen Ansprüchen Dritter gegen die Auftraggeberin frei.
- (4) Die Absätze 1 und 2 gelten auch, wenn das Vertragsverhältnis vorzeitig endet.
- (5) Die Auftraggeberin ist nach § 3 Abs. 1 Nr. 8, § 10 Abs. 3 des Hamburgischen Transparenzgesetzes (HmbTG) verpflichtet, ggfs. das dem Vertrag zugrundeliegende Gutachten [bzw. die Studie etc.] (im Folgenden: das Werk) im Informationsregister zu veröffentlichen und jedermann unentgeltlich zu jedweder freien Nutzung, Weiterverwendung und Verbreitung sowohl für nicht-kommerzielle als auch kommerzielle Zwecke, zu überlassen.
- (6) Soweit das Werk urheberrechtlich schutzfähig ist, räumt der/die Auftragnehmer/Auftragnehmerin der Auftraggeberin zu diesem Zweck sämtliche erforderlichen Nutzungsrechte an dem zu erstellenden Werk zeitlich, räumlich und inhaltlich uneingeschränkt ein. Insbesondere räumt er/sie der Auftraggeberin das Recht ein, das Werk zu vervielfältigen, zu verbreiten, öffentlich zugänglich zu machen, unter Wahrung seiner geistigen Eigenart zu bearbeiten oder umzugestalten, ungeachtet der Verwertungszwecke. Der/die Auftragnehmer/Auftragnehmerin gestattet der Auftraggeberin, jedermann die freie Nutzung, Weiterverwendung und Verbreitung sowohl für nicht-kommerzielle als auch kommerzielle Zwecke im Umfang der eingeräumten Nutzungsrechte zu gestatten.

- (7) Der/die Auftragnehmerin verzichtet auf die Geltendmachung von urheberrechtlichen Abwehransprüchen gegen Dritte; hiervon nicht erfasst sind Ansprüche wegen unterlassener Anerkennung der Urheberschaft (§ 13 UrhG) und wegen gröblicher Entstellung des Werkes (§ 14 UrhG).

§ 10 Hamburgisches Transparenzgesetz (HmbTG)

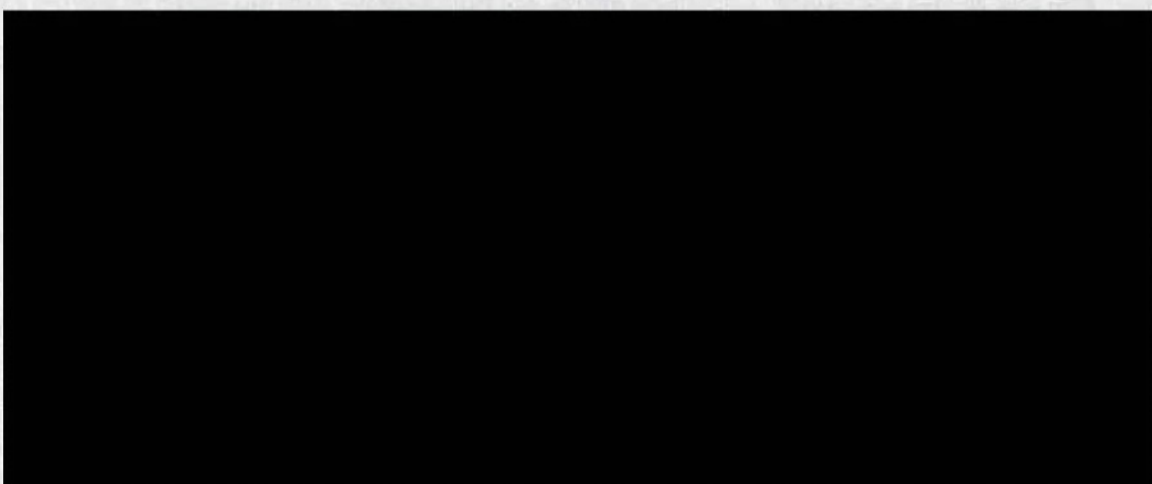
- (1) Es wird vorsorglich darauf hingewiesen, dass der zu schließende Vertrag dem hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG) unterliegt. Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.
- (2) Rein vorsorglich wird darauf hingewiesen, dass zudem bestimmte Informationsgegenstände einer Veröffentlichungspflicht nach § 3 HmbTG unterliegen.

§ 11 Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse: Haftung

Gemäß § 7 Abs. 3 des hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG) ist der/die Auftragnehmer/Auftragnehmerin als Bieter im Vergabeverfahren verpflichtet, bereits im Angebot die Dokumente in geeigneter Form zu kennzeichnen, welche nach seiner Einschätzung Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse enthalten, und dies ggf. zu begründen. Für durch die Verletzung eines Betriebs- und Geschäftsgeheimnisses bei der Veröffentlichung im Informationsregister oder Herausgabe auf Antrag nach dem HmbTG entstehende Schäden haftet die Freie und Hansestadt Hamburg nur bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit.

§ 12 Kündigung

- (1) Jede Vertragspartei kann diesen Vertrag vorzeitig aus wichtigem Grund fristlos kündigen. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor, wenn der/die Auftragnehmer/Auftragnehmerin oder die Auftraggeberin mit der Erfüllung einer ihr obliegenden Leistung ohne zureichenden Grund in Verzug gerät und die geschuldete Leistung trotz Mahnung unter Fristsetzung nicht innerhalb der dann gesetzten Frist nachholt.
- (2) Wird der Vertrag aus von der Auftraggeberin zu vertretenden Gründen vorzeitig fristlos gekündigt, so erhält der/die Auftragnehmer/Auftragnehmerin eine anteilige Vergütung für die bis dahin nachweislich erbrachten und als vertragsgemäß anerkannten Einzelleistungen, die er/sie bis zu diesem Zeitpunkt im Vertrauen auf den Fortbestand des Vertrages getätigt hat.
- (3) Wird der Vertrag aus von dem/der Auftragnehmer/Auftragnehmerin zu vertretenden Gründen vorzeitig fristlos gekündigt, sind nur die bis dahin erbrachten, in sich abgeschlossenen, nachgewiesenen und als vertragsgemäß anerkannten Einzelleistungen zu vergüten; diesen Anspruch übersteigende Teilzahlungen sind zu erstatten.
- (4) Wird der Vertrag aus von keiner Vertragspartei zu vertretenden Gründen vorzeitig fristlos gekündigt, so erhält der/die Auftragnehmer/Auftragnehmerin eine anteilige Vergütung für die bis dahin nachweislich erbrachten und als vertragsgemäß anerkannten Einzelleistungen.



§ 14 Erfüllungsort, Gerichtsstand und Streitigkeiten

- (1) Erfüllungsort für die Leistungen des/der Auftragnehmers/Auftragnehmerin und Gerichtsstand für beide Parteien ist Hamburg.
- (2) Ein Streitfall berechtigt den/die Auftragnehmer/Auftragnehmerin nicht, die Arbeiten zu unterbrechen.
- (3) Bei Meinungsverschiedenheiten hat der/die Auftragnehmer/Auftragnehmerin seine/ihre Sachverhaltsfeststellungen, Ansprüche oder sonstigen im Streit befangenen Rechtspositionen begründet und schriftlich dem für die Abnahme der Leistung zuständigen Amt darzulegen. Die darauf getroffene Entscheidung der Auftraggeberin gilt als anerkannt, wenn der/die Auftragnehmer/Auftragnehmerin nicht binnen eines Monats hiergegen beim zuständigen Amtsleiter schriftlich Einwendungen erhebt.

§ 15 Unwirksamkeit von Vertragsbestimmungen, Ergänzungen

- (1) Allgemeine Geschäftsbedingungen des/der Auftragnehmers/Auftragnehmerin gelten als nicht vereinbart.
- (2) Im Falle der Unwirksamkeit einer oder mehrerer Vertragsbestimmungen dieses Vertrages bleibt die Wirksamkeit im Übrigen unberührt. Unwirksame Bestimmungen sind von den Vertragsparteien durch Wirksame zu ersetzen, die dem gewollten Zweck möglichst nahe kommen. Entsprechendes gilt im Falle einer Vertragslücke.
- (3) Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages sowie andere Vereinbarungen, die den Inhalt dieses Vertrages berühren, bedürfen der Schriftform.
- (4) Mündliche oder schriftliche Nebenabreden zu diesem Vertrag bestehen nicht.
- (5) Das Bezirksamt Altona, Zentrale Beschaffungsstelle der Bezirke, [REDACTED] ist ermächtigt, diesen Vertrag im Namen und auf Rechnung für die Auftraggeberin zu unterzeichnen.

Ze.

Für die Auftraggeberin:

Aum Burg, 30. Jan. 2017
Ort und Datum



Für den/die Auftragnehmer/Auftragnehmerin:

Berlin, 26.01.17
Ort und Datum

